

»Jobcenter gängeln extra, um strafen zu können«

Die Ämter kürzen auch Eltern das Existenzminimum. Auf Kinder nehmen sie meist keine Rücksicht.

Gespräch mit Ulrich Wockelmann

Die Bundesagentur für Arbeit räumte jüngst ein, dass Familien und Alleinerziehende mit Kindern nicht von Sanktionen verschont bleiben. Rund 2.600 Eltern hatten sie in jedem Monat des vergangenen Jahres das gesamte Existenzminimum verwehrt. Welche Erfahrung haben Sie mit diesem Vorgehen?

Seit der Gründung des Vereins 2009 erlebe ich das immer wieder. Das Jobcenter im Märkischen Kreis schikaniert Eltern nicht minder als andere. Das Ermessen, das Sachbearbeiter ausüben müssen, legen sie fast immer zu Lasten der Betroffenen aus.

Zum Beispiel gibt das Gesetz vor, bei Kindern im Haushalt milder vorzugehen. Bei Sanktionen über 30 Prozent sollen Jobcenter von sich aus Lebensmittelgutscheine anbieten. Das wird hier so gut wie nicht beachtet. Personen, die zu 100 Prozent sanktioniert wurden, beantragen diese oft aus Unwissen nicht. Eine Folge ist dann, dass auch Krankenkassenbeiträge nicht mehr gezahlt werden. Die Kassenvertreter stehen dann vor der Tür, Betroffene rutschen in eine Schuldenspirale. Darüber hinaus werden die Gutscheine als demütigend empfunden. Man bekommt dafür lediglich aufgelistete Dinge, außerdem ist kein Supermarkt zur Annahme verpflichtet.

Können Sie an einem Beispiel erläutern, was im Fall einer sanktionierten Familie passiert?

Einer unserer drastischen Fälle betraf eine Familie mit Migrationshintergrund und sechs Kindern. Der Vater konnte kaum Deutsch lesen und schreiben. Er sollte Bewerbungen nachweisen, was er auch tat. Nur reichte er diese nach Ansicht des Sachbearbeiters zu spät ein. So kam die erste Sanktion. Die zweite folgte, als das Amt eingereichte Unterlagen nicht auffinden konnte. Das passiert sehr oft. Später gab es Probleme mit der Eingliederungsvereinbarung, die er unterschrieben hatte, ohne sie verstanden zu haben. Als die Familie in großer Not zu uns kam, hatte das Jobcenter sie monatlang getrieben und mehrfach Leistungen eingestellt.

Es braucht wenig Phantasie, um zu ahnen, dass so drastische Strafen Eltern verzweifeln lassen.

Sie wissen irgendwann nicht mehr weiter. Zwar bekommen die Eltern noch das Kindergeld. Von dem Geld



Ulrich Wockelmann ist Vorsitzender des Erwerbslosenvereins Aufrecht (Eigenschreibweise: auf-RECHT) in Iserlohn

aber können sie meist nicht mal die Miete zahlen. Natürlich ist das beängstigend, wenn bald der Kühlenschrank leer ist und der Vermieter mit Kündigung droht. Wir versuchen dann, Ruhe zu bewahren und notwendige Schritte in Gang zu setzen. Dabei unterstützt uns ein Anwalt. Der konnte im Fall der Familie mehrere Sanktionen vor Gericht stoppen

und die Umwandlung eines kleinen Darlehens in eine Summe für die Erstausstattung der Wohnung auf dem Klageweg erreichen.

Wer mittellos ist, braucht schnell Hilfe. Die Mühlen der Justiz aber mahlen langsam. Können Sie immer Schlimmeres verhindern?

Dass der Rechtsweg über den Widerspruch bis zu einer Verhandlung vor dem Sozialgericht Jahre dauern kann, ist ein großes Problem. Jobcenter sanktionieren ja sofort. Deshalb versuchen wir, wenn es irgendwie geht, zunächst einstweiligen Rechtsschutz zu erwirken. Aber auch das kann Wochen in Anspruch nehmen.

Schlimm ist, dass Jobcenter Betroffene oft extra gängeln, um sanktionieren zu können. Es werden Termine vergeben oder Dinge verlangt, die die Leute wegen ihrer persönlichen Situation gar nicht einhalten können. Einmal musste ein junger Mann, der krank war, monatelang vom Flaschensammeln leben. Ich bezeichne alle Sanktionen als seelische Grausamkeit.

Kinder genießen in Deutschland angeblich besonderen Schutz. Wo erhalten sanktionierte Eltern Hilfe?

Da bleiben wohl nur das Sozialgericht und Glück. Eltern haben eher Angst, dass das Jugendamt die Kinder aus der Familie holen könnte, wenn ihnen das Geld für die ausreichende Versorgung entzogen wurde.

Sind die Betroffenen zu duldsam?

Ich habe anfangs mit Mitstreitern versucht, eine Montagsdemo zu organisieren. Es kamen zu wenige. Mein Widerstand ist es nun, Erwerbslose zu unterstützen und zu stärken. Ich berichte über Schikanen der Jobcenter und Prozesse im Internet. Viele Betroffene knicken gegenüber Ämtern und Justiz zu schnell ein. Dabei hat vor Gericht fast jeder eine Chance. Außerdem agieren Jobcenter erfahrungsgemäß bei denen, die sich wehren, vorsichtiger. Wer nicht fit genug dafür ist, wird viel schneller und drakonischer sanktioniert.

Interview: Susan Bonath



Hau ab. Südkoreas größte Oppositionspartei will auf die Amtsenthebung von Präsidentin Park Geun Hye hinarbeiten. Man werde das langwierige und komplexe Verfahren einleiten, wenn es »die größte Aussicht« auf Erfolg gebe, sagte der Sprecher der Demokratischen Partei, Ki Dong Min. Die Staatspräsidentin ist durch eine Korruptionsaffäre um ihre langjährige Vertraute Choi Soon Sil unter Druck geraten. Laut der Staatsanwaltschaft ist Park »erheblich« in den Skandal verstrickt. Am Montag demonstrierten erneut Tausende Menschen in Seoul für den Rücktritt der Staatschefin. (AFP/JW)

Die »Mitte« rückt nach rechts

Haltung zu Flüchtlingen und zum Islam polarisiert die Gesellschaft

Rechte Einstellungen halten sich einer Studie zufolge hartnäckig in der Gesellschaft. Mit 28 Prozent neige mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland zu so genannten neurechten Einstellungen, ergab die Erhebung »Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Bielefeld, die am Montag in Berlin veröffentlicht wurde. Unter den AfD-Wählern seien dies sogar 84 Prozent.

Diese neue Rechte transportiert den Studienautoren zufolge über Begriffe wie »Identität« und »Widerstand« eine national-völkische Ideologie. Sie löse damit zunehmend den »offenen Rechtsextremismus« ab. 40 Prozent der Befragten äußerten die Meinung, die deutsche Gesellschaft werde durch

den Islam unterwandert. 28 Prozent beklagten, es sei in Deutschland nicht mehr möglich, frei seine Meinung zu äußern. Hingegen sei die Stimmung bezogen auf die Flüchtlings situation eher gelassen, so die Studienautoren: Die große Mehrheit der Bevölkerung äußerte sich – zumindest tendenziell – positiv zur Aufnahme von Geflüchteten. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) befand dies als »gut«. Allerdings befürchtet rund ein Viertel ein Absinken des Lebensstandards in Deutschland durch die Aufnahme von Migranten.

Die Anhängerschaft der AfD sei seit der vergangenen Studie nicht nur gewachsen, sondern habe sich – parallel zur Ausrichtung der Partei – ebenfalls radikaliert, so der Mitautor Andreas Zick laut *tagesspiegel.de* am Montag.

Weit verbreitet sind laut Studie mus-

limeindliche Einstellungen (19 Prozent), die Hälfte der Befragten äußerte zudem Vorurteile gegenüber asylsuchenden Menschen. Fast genauso viele hatten Vorbehalte gegenüber Langzeitarbeitslosen (49 Prozent). Signifikante Abweichungen fielen den Forschern zwischen ost- und westdeutschen Befragten auf: Vorurteile, Fremden- und Muslimfeindlichkeit seien im Osten stärker ausgeprägt.

Die im Zweijahresrhythmus erscheinende, repräsentative »Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung wird seit 2006 gemeinsam mit dem Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld herausgegeben. Insgesamt wurden zwischen Juni und August dieses Jahres 1.896 Personen telefonisch befragt. (AFP/JW)

NACHRICHTEN

Paris meldet Schlag gegen Terror

Paris. Die französische Polizei hat nach den Worten von Innenminister Bernard Cazeneuve einen Terroranschlag in Frankreich verhindert. In der Nacht zu Sonntag seien sieben Verdächtige in Strasbourg und in der südfranzösischen Metropole Marseille festgenommen worden, teilte Cazeneuve am Montag mit. Die Betroffenen stammten aus Frankreich, Marokko und Afghanistan. Über das genaue Ziel des geplanten Angriffs sagte der Innenminister nichts. (Reuters/JW)

»Terrorismus« in Gewahrsam genommen, wie die amtliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Beide gehören

der prokurdischen Demokratischen Partei der Regionen (DBP) an. In den vergangenen Wochen hatte die Regierung bereits Dutzende gewählte Bürgermeister suspendiert oder festgenommen und durch Verwalter ersetzt. (AFP/JW)

Niederlage für bayerische Landesregierung

München. Schwere Schlappe für die bayerische Landesregierung und die CSU vor dem Verfassungsgerichtshof: Die von der Regierung mehrheitlich durchgesetzten unverbindlichen Volksbefragungen verstoßen gegen die bayerische Verfassung. Mit dieser Entscheidung gab das höchste Gericht des Freistaats am Montag Klagen von SPD und Grünen statt. Der entsprechende Gesetzespassus sei mit der Verfassung unvereinbar und damit nichtig, sagte Gerichtspräsident Peter Küpfer.

Die CSU-Mehrheit hatte die unverbindlichen Volksbefragungen als neues Instrument der Bürgerbeteiligung ge-

gen massive Kritik durchgesetzt. Seit dem 1. März 2015 waren solche Befragungen möglich. (dpa/JW)

BGH: Snowden zum NSA-Ausschuss vorladen

Karlsruhe. Der NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags hat Anspruch darauf, den früheren US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden vorzuladen und persönlich anzuhören. Dies entschied eine Ermittlungsrichterin des Bundesgerichtshofs laut einem am Montag veröffentlichten Beschluss. Sie entsprach damit einem Antrag von Linken und Grünen in dem Ausschuss.

Die Bundesregierung muss dem Beschluss zufolge nun entscheiden, ob sie Snowden zusichert, ihn bei einer Einreise nicht an die USA auszuliefern, oder aber ob sie rechtlich zu solch einer Auslieferung verpflichtet ist. Eine »definitive Klärung im Sinne einer verbindlichen Aussage der Bundesregierung ist gerade Ziel der durch die Antragsteller erstrebten Entscheidung«, heißt es in dem Beschluss. (AFP/JW)